

Wortprotokoll Ratssitzung Donnerstag 21.02.2019

Tagesordnungspunkt 4: Aktuelle Aussprache „Kita-Affäre“

Frau Weilert-Penk: Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 4. Der Tagesordnungspunkt 4 ist die aktuelle Aussprache. Die aktuelle Aussprache ist nach unserer Geschäftsordnung möglich und zwar nach § 16. Ich möchte, damit auch alle wissen, worum es geht - und ich denke, das Interesse besteht auch bei den Zuhörer - § 16 einfach nochmal vorlesen. § 16 Abs. 1 besagt, auf Antrag einer Fraktion, einer Gruppe, oder von mindestens einem Drittel der Ratsmitglieder, findet eine Aussprache über eine, die Stadt betreffende Angelegenheit von aktuellen Betreffen statt. Der Antrag ist höchstens drei Tage vor der Ratssitzung bei der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister schriftlich durch Brief, E-Mail oder Telefax einzureichen. Hiervon sind die Vorsitzenden der Fraktionen unverzüglich zu unterrichten. Abs. 2: Die aktuellen Aussprachen findet zu Beginn – und das haben wir jetzt hier – der Ratssitzung statt und sollen höchstens 30 Minuten dauern. Die Redezeit für jedes Ratsmitglied ist auf 5 Minuten begrenzt. Das Rederecht des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin sowie der weiteren Beamten auf Zeit ist unberührt. Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden. Werden mehre aktuelle Aussprachen über dieselbe Ratssitzung gestellt, so dürfen sie insgesamt nur eine Stunde dauern. Das heißt und das Rederecht ist begrenzt auf 30 Minuten. Und ich hatte mir jetzt auch vorgenommen, wir haben ja mehrere Fraktionen, äh das höchstens 5 Minuten jeder reden kann, wäre es ja vielleicht sinnvoll, dass man sich auch begrenzt und ich gehe davon aus. Ja, möchte jemand jetzt zu der aktuellen Stunde Stellung nehmen? Dann bitte ich um das Handzeichen. Herr Pollehn Sie sind der Antragsteller. Und ich denke Sie können anfangen. Und dann noch, ja. Herr Pollehn bitte.

Herr Pollehn: Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe erst heute Nachmittag Kenntnis genommen vom Papier der Kommunalaufsicht, Herr Bürgermeister, [...]

Herr Baxmann: Ich auch.

Herr Pollehn: [...] das Sie gerade erst verlesen haben. Von daher will ich Ihnen auch sagen, dass ich meine Rede heute dahingehend auch abgestimmt habe, auf diese von der Kommunalverfassung uns zur Verfügung gestellte. Ich möchte Ihnen aber im Vorfeld noch einiges sagen, Herr Baxmann, weil es Sie es betont haben. Es geht nicht nur um die Verwaltung und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Fragestellung, sondern es sind die Fragestellungen, die wir uns nach Nds. Kommunalverfassungsgesetz auch gestellt haben. Ich möchte Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen, weil wir ja gerade hier auch dabei sind, auch Klärung herbeizubringen, wer für uns was zuständig ist.

Das Nds. Verfassungsgericht bzw. Gesetz, auf das ist mich auch beziehen werde und zwar § 58 1, Absatz 2, die Zuständigkeiten der Vertretung, das sind wir, der Rat der Stadt Burgdorf. Die Vertretung und der Rat beschließt ausschließlich über Richtlinien, nach denen die Verwaltung geführt werden soll. Und in § 58, Absatz 4, heißt es, die Vertretung, also wir, der Rat, überwacht die Durchführung der Beschlüsse sowie den sonstigen Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten. Von daher möchte ich eins feststellen, meine Damen und Herren, wir sind hier politisch tätig und auch wir handeln nach Nds. Kommunalverfassungsgesetz. Bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Damit stelle ich fest, meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe als Rat oder als Ratspolitiker, über die Richtlinien und Abläufe der Verwaltungsangelegenheiten zu beschließen und vor einem solchen Beschluss steht halt eben die Debatte und das ist für einen Rat und die Ausschüsse sehr notwendig und Sie wissen, dass ich das als ehemaliger Ratsvorsitzender hier auch immer wieder genannt habe, wie wichtig mir diese Angelegenheit ist.

Anlass sind die zu klärenden Abläufe in Sachen Familienzentrum an den Hecken. Darum auch unser Antrag, hier eine aktuelle Aussprache zu halten, weil wir auch denken, es ist Ihnen wichtig, das hier gemeinsam zu besprechen.

Zu klären ist, ob die bestehenden Richtlinien mit Blick auf Mitwirkung und Interessenskonflikt genügend und vor allem substantiell von Anfang an geprüft worden sind. Ob der Bürgermeister seiner Auskunftspflicht, besonders bei der Kostensteigerung, der Trägerschaft sowie die Kündigung des Architektenbüros Tobias Hylla Architekt GmbH ausreichend nachgekommen ist. Wir werden heute keine abschließende Bewertung vornehmen, da wir die Angelegenheit als viel zu wichtig erachten, sie ihrer Konstruktion, ihrer politischen Wirklichkeit zu überlassen.

Herr Bürgermeister, Sie legen heute den Prüfungsbericht der Kommunalaufsicht vor. Das Ergebnis fällt weder für Sie noch für uns überraschend aus. Weil Sie sich darauf verlassen können, dass der Bericht so ausfällt, wie Sie es vorbereitet haben, müssen wir hier auch einmal fragen, wie ist es dazu gekommen.

Für uns nicht überraschend, dass es dazu gekommen ist. Das haben wir erwartet. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir uns ein eigenes Bild über die Sachlage aufgrund von Akten und Gesprächen machen und Sie dürfen zweitens davon ausgehen, dass wir unserer Aufgabe als Teil dieser Vertretung, nämlich dieses Rates, auch wahrnehmen und uns die Richtlinien dazu auch vornehmen. Die Auswirkung des Prüfberichtes wird noch erfolgen. Was wir hier so auf sieben Seiten oder so gehört haben.

Frau Weilert-Penk: Neun.

Herr Pollehn: Wir müssen natürlich noch mal prüfen dürfen, das ist auch eine ganz normale Vorgehensweise eines Rates. Die Kommunalaufsicht konnte aber nur das prüfen, was Sie da der Aufsicht über Protokolle zugänglich gemacht haben. Darum habe ich sehr aufmerksam die Passage über Zitat „unabhängig von der rechtlichen Situation haben Herr Stadtrat Kugel und Herr Paul am 15.05.2018 vereinbart, dass sich Herr Paul aus der Beratung und Entscheidung heraushält.“ Seit November 2016 ist Herr Paul Ratscherr, stv. Bürgermeister und hat munter mitberaten und nach 1,5 Jahren fällt nun auf, dass es besser für Herrn Paul wäre sich rauszuhalten. Ausgang dieser Situation war,

Herr Knauer: Das ist die Unwahrheit, Herr Pollehn, Sie versuchen hier Kandidaten von der anderen Seite schlecht zu machen.

Herr Pollehn: Das ist unmöglich.

Herr Knauer: Ihre 5 Minuten sind vorbei.

Herr Pollehn: Ich nehme aber außerhalb der Redezeit dazu Stellung. Ja, ich bitte das anzuhalten. Hier geht es doch, Herr Knauer, es geht hier gar nicht darum um die Bürgermeisterwahl. Das ist natürlich, das muss ich mal sagen, Herr Knauer. Wenn Sie jetzt natürlich anfangen mit solchen Unterstellungen zu arbeiten, rechtfertigen Sie damit eine Handlungsweise, die für mich nicht in den Richtlinien zu finden ist. Wir reden doch jetzt gerade über ein Thema, das hier von der Kommunalaufsicht bewertet wurde. Das haben Sie doch gehört. Und wir haben gesagt, wir möchten auch jetzt zu der Berichterstattung, die Sie ja aus der Zeitung erfahren haben, auch reden hier im Rat. Und das ist das, was wir gerade tun.

Frau Gersemann: Unterstellungen.

Herr Pollehn: Darf ich weiterreden?

Frau Weilert-Penk: Herr Pollehn, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, wir haben es jetzt gestoppt, es sind bereits über 4 Minuten 35 Sekunden, Sie müssen jetzt bitte noch inhaltlich noch was dazu sagen, damit Sie diese Redezeit entsprechend einhalten. Da waren wir schon sehr tolerant, aber wir haben mehrere Teilnehmer, darum ist es auch wichtig, dass die anderen Stellung beziehen können.

Herr Pollehn: Wir müssen uns die VA Sitzung vom 08.05.2018 noch einmal genau anschauen und darum werde ich auch bitten. Auch die Kommunalaufsicht hat dort noch einmal die Gespräche zu führen, weil es da auch Informationen gibt, die für eine weitere Klärung notwendig sind. Und erklären Sie uns wie uns zwar schriftlich über eine Aktenlage, die wir gerne auch als Akteneinsicht nehmen wollen, wie die Verträge aussehen. Wer denn nun wirklich Träger des Familienzentrums oder der Kita werden soll.

Erklären Sie uns doch, warum Kostensteigerungen von über 900.000 Euro auf jetzt 3,4 Mio. Euro für das Projekt uns Politiker besonders nicht deutlich gemacht wurde. Warum sind die Mitarbeiter nicht über jeden Verdacht erhaben? Wie konnte es zu einer öffentlichen Diskussion kommen?

Herr Hinz: Das geht ja immer weiter, immer schlimmer.

Herr Pollehn: Erläutern Sie die strikte Rollentrennung. Wie gesagt, wir nehmen unsere Rolle als Vertreter [...]

Frau Weilert-Penk: Ihre Redezeit ist ausgeschöpft. Ich habe vorhin extra darauf hingewiesen.

Herr Pollehn: [...] Wir nehmen unsere Rolle als Vertreter des Rates ernst und prüfen weiter die Sachlage und mit der heutigen Diskussion halten wir es nicht für abgeschlossen.

Frau Weilert-Penk: Es gibt die Möglichkeit laut der Geschäftsordnung. Der Bürgermeister hat immer die Möglichkeit zu reden. Jetzt redet der Bürgermeister. Danach habe ich auf meiner Liste Herr Hinz. Und nur noch einen Satz dazu. Damit das wirklich allen klar ist. Wir haben hier ein Schreiben der Kommunalaufsicht. Und, dass wissen Sie auch, Herr Pollehn, die Kommunalaufsicht ist die Rechtsaufsicht und das muss man auch zur Kenntnis nehmen.

Herr Pollehn: Das habe ich zur Kenntnis genommen, Frau Weilert-Penk.

Herr Baxmann: Ich hatte eben den Eindruck, aber dann muss ich den wohl zurücknehmen als falschen Eindruck, dass Sie an der Rechtmäßigkeit der Aussage der Kommunalaufsicht gezweifelt haben. So hörte sich das jedenfalls an. Das wäre mir ganz lieb, wenn Sie das noch einmal deutlich machen könnten. Und das zweite, von welchen Richtlinien sprechen Sie, Herr Pollehn? Es gibt keine Richtlinien. Es gibt etwas, das ist sozusagen die Compliance-Bibel für die Kommunalpolitik, das ist nämlich das Nds. Kommunalverfassungsgesetz und die daraus abgeleiteten Rechtsvorschriften. Und da steht genau drin, was der Bürgermeister darf, was der Bürgermeister nicht darf, was die Ratsmitglieder dürfen, welche Rechte die Ratsmitglieder haben und wie die Verwaltung zu handeln hat. Das ist „unsere Bibel“, an der werden wir uns messen müssen, und um es nochmal deutlich zu sagen, daran hat auch die Kommunalaufsicht unser Handeln gemessen. Eine andere Grundlage gibt es nicht. Und das würde ich Sie bitten auch nochmal zu wiederholen. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie nach wie vor sagen, dass Mitglieder der Verwaltung nicht über jeden Verdacht erhaben sind?

Herr Pollehn: Sind über jeden Verdacht erhaben.

Herr Baxmann: Das ist gut, das bitte ich zu Protokoll zu nehmen, dass Mitglieder dieser Verwaltung über jeden Verdacht erhaben sind. Dass es keinerlei Vorwürfe gibt, keinerlei substantielle Vorwürfe, die auch nur Ansatzweise aufrecht zu erhalten sind.

Herr Pollehn: Das habe ich aber auch gesagt.

Herr Baxmann: Wunderbar.

Herr Pollehn: Entschuldigen Sie bitte, das dürfen Sie jetzt aber hier nun wirklich nicht.

Herr Baxmann: Ich glaube, ich war hier nicht der einzige, der das missverstanden hat.

Herr Pollehn: Ok, dann bitte ich das zu entschuldigen. Da habe ich auch schon, Details hat Herr Dege aufgenommen, da kann ich das nachweisen. Es geht darum, dass eben dieser Verdacht, dass es den Mitarbeitern freisteht, dass hier etwas falsch gelaufen ist, das gehört auch nicht in die Öffentlichkeit.

Herr Baxmann: Also wissen Sie, wenn jemand behauptet, ein Mitarbeiter hätte wer weiß was gemacht, völlig aus der Luft gegriffen, dann gibt es keine Möglichkeit dagegen zu reagieren.

Herr Pollehn: Darf ich noch mal bitte.

Herr Baxmann: Ja, bitte.

Herr Pollehn: Das ist mir jetzt aber auch ganz wichtig, weil ich das auch merke. Da sind Unterstellungen dabei, die überhaupt nicht beabsichtigt war. Ich kann auch sagen, dass ich mit dem Personalrat darüber gesprochen habe, ihm deutlich erklärt habe, ich möchte das hier allen Anwesenden sagen, dass es mir überhaupt nicht darum geht, in irgendeiner Weise was intern in der Verwaltung im Mitarbeiterbereich passiert an die Öffentlichkeit zu bringen und ich stehe hinter alle dem, was hier in der Verwaltung geleistet wird und dass persönliche Namen genannt werden, das habe ich gesagt, ist nicht machbar und darf nicht möglich sein. Und jetzt noch diesen einen Satz noch, das konnten Sie auch in der Zeitung nachlesen, dass ich gesagt habe, ich werde mich nie über diese Internas, was mitarbeitenden Mitarbeiterinnen teilweise betreffen, öffentlich äußern. Nie. Und das bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, zur Kenntnis zu nehmen, weil alles andere muss ich dann leider Ihnen unterstellen, dass Sie meinen Ruf und meine Arbeit hier in der Fraktion und als Politiker diskreditieren wollen. Bitte achten Sie darauf.

Herr Baxmann: Ich möchte gern, dass wir hier alle erhobenen Hauptes rausgehen, weil wir uns ausgetauscht haben, die Sache dann endgültig geklärt ist. Ich will Sie auch noch mit einer anderen Frage konfrontieren. Sie wurden zitiert in der Zeitung, bitte auch dazu eine Aussage, dass das, was da passiert wäre, entweder aus Unvermögen oder aus Absicht geschehen sei. Können Sie sagen, dass Sie so etwas gegenüber der Zeitung

erklärt haben oder ist das eine Aussage der Zeitung, die nicht ganz korrekt dargestellt wurde? [Anmerkung: Herr Pollehn bezog auf diese Frage keine Stellung.]

Herr Fleischmann: Frau Vorsitzende, ich möchte Sie bitten diese Zwiediskussion hier zu beenden. Ich finde das nicht in Ordnung.

Herr Baxmann: Entschuldigen Sie.

Herr Fleischmann: Das können die nachher auf der Toilette klarmachen.

Frau Weilert-Penk: Moment Herr Fleischmann.

Herr Baxmann: Herr Fleischmann, wenn ihnen das hier zu anstrengend ist, ist das schwierig.

Frau Weilert-Penk: Herr Fleischmann ich hatte vorhin auf die Geschäftsordnung verwiesen. Der Bürgermeister hat jederzeit die Möglichkeit zu reden. Das ist hier der Verwaltungschef. Damit jetzt auch kein weiteres Zwiegespräch erfolgt - wir haben inzwischen mehre Teilnehmer - die sich gemeldet haben. Unter anderem Herrn Hinz bitte ich jetzt aufzustehen.

Herr Hinz: Ich muss schnell sprechen, weil die Zeit begrenzt ist. Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende, sehr geehrter Bürgermeister, wenn wir heute unter der Überschrift „Rat und Verwaltung verspielen Vertrauen“ eine aktuelle Stunde abhalten, dann basiert das auf dem Kommentar also der persönlichen Meinung eines Redakteurs des Burgdorfteils der HAZ. Ich will auf den Kommentar nicht eingehen, denn jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Allerdings stecken in der dazugehörigen Artikelserie eine Reihe von Vorwürfen, vor allem unausgesprochene Details, die den unkritischen Leser auf eine Fährte locken, die durchaus dazu geeignet ist, das Vertrauen in Rat und Verwaltung zu erschüttern. Der Beweis dafür sind die Leserbriefe und Facebook Einträge, die sonst was vermuten lassen. Vier Botschaften sind zu erkennen. Die erste Botschaft: Die Kündigung eines Architektenvertrages dient nur dazu, dass eine Seilschaft von Sozialdemokraten, Rechtsanwälten und Verwaltungsmitarbeitern einem renommierten Burgdorfer Architekturbüro einen Auftrag zuschanzen. Zweite Botschaft: Der Bürgermeisterkandidat der SPD, Matthias Paul hat durch die Wahrnehmung seines beruflichen Auftrags mit der Beratung bei der Planung des Kita -und Familienzentrums gegen das Mitwirkungsverbot gemäß NKomVG verstoßen. Er würde die Rolle des Auftragnehmer und Auftraggeber gleichzeitig spielen. Dritte Botschaft ist: Die Verwaltung trickst. Das hatten Sie ja auch gerade mit anderen Worten gesagt. Die Baukostensteigerung sind vom Bürgermeister den Ratsmitgliedern verborgen worden. Vierte Botschaft: Der Stadt, der Rat braucht neue Regeln, vielfach auch Compliance genannt, damit nicht der Verdacht von Mauscheleien entsteht. Zur ersten Botschaft, das haben wir eben gerade gehört, brauche

ich nicht weiter auslassen. Ich denke, dass hat die Kommunalaufsicht klar geregelt. Die zweite Botschaft, die Doppelrolle, die Matthias Paul angeblich spielt. Auch zu diesem Punkt ist es eben eindeutig gesagt: Es gibt keine Grundlage für ein Mitwirkungsverbot. Rechtliche Seite ist also klar und deutlich. Jetzt kann nur noch mit ethisch-moralischen Bedenken argumentiert werden. Da muss aber auch konkret gesagt werden, worin eine Interessenverquickung besteht. Das kann niemand und hat auch niemand bisher gesagt. Wo is überhaupt die Verquickung? Vielmehr werden durch die Einbeziehung von Fachleuten - und das haben wir eben auch schon gehört, lasse ich mal weg – Fehler in der Planung vermieden. Der angeblich bestehende Interessenkonflikt ist nie konkretisiert worden und besteht vermutlich auch nur in der böswilligen Phantasie derjenigen, die jetzt Feuer, Feuer rufen. Ein Feuer, das sie selbst gelegt oder wo sie zu mindestens kräftig in die Glut geblasen haben, damit es auch schön brennt. Dritte Botschaft: Die Verwaltung trickst bei den Baukosten. Ein extrem schwerer Vorwurf, der auch völlig haltlos ist. In Haushaltseinbringungsreden im Jahr 2018 für die Haushaltsjahre 2018 und 19/20, d.h. für die Jahre 2017/2018 für die Zahlen von Lutz Philipps sind explizit genannt worden. Im Investitionsprogramm sind sie aufgeführt. In den nachfolgenden Bau- und Jugendhilfeausschüssen standen sie auf der Tagesordnung. Man muss aber auch mal Nachfrage hören und man muss auch ein Haushalt lesen und sich mit Inhalten beschäftigen und nicht nur überlegen, wie man ihn ablehnen kann. Vertuscht oder getrickt wurde in diesen Fall nichts. Allerdings, das gebe ich zu, es gibt nichts, was nicht auch besser gemacht werden kann. Wenn wir die Stelle im Projektcontrolling besetzt haben, dann können auch regelmäßig beurteilungsfähiger Bericht in leicht verständlicher Sprache mit Projektständen an Ratsfrauen –und Herren gegeben werden. Die vierte Botschaft: Die Stadt braucht neue Regeln, auch Compliance-Regeln genannt, damit nicht der Verdacht von Mauseheleien entsteht. Meine Damen und Herren, wir haben als Ratsfrauen und -herren im NKomVG klare Regeln. Die Vorteilsnahme für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst sind ebenfalls klar geregelt, maximal 10 Euro. Wir haben im Jahr 2009 für den Rat, für die Ratsfrauen und -herren eine Regelung beschlossen mit einer Vorschrift, die da besagt, dass wir Aufmerksamkeiten höchstens im Umfang von 15 Euro annehmen dürfen und alles andere muss genehmigt werden. Und es gibt so eine Vielzahl von Regeln, die uns hier, ja uns leitet. Wenn sich die freie Wirtschaft besondere Regel gibt, dann geht es dabei um die Einhaltung bestehender Gesetze. Mal Compliance-Regel lesen. Doch es ist so.

Herr Pollehn: Ja, das ist ein Teil.

Herr Hinz: Ja, ein Teil. Und es geht auch um die ethischen Fragen, d.h. ich besteche nicht, steht dann da drin. Ich mache keine kartellrechtlichen Fehler und solche Dinge. Da steht aber das.

Herr Paul: Ich lüge nicht, steht da glaube ich auch drin.

Herr Hinz: Ich lüg nicht steht da auch drin, genau. Aber das ist in der Verwaltung bereits alles Vorschrift. Ich nehme keinen Lieferanten, der Kinderarbeit unterstützt oder irgend sowas. Wollen wir fordern, dass ein Ratsangehöriger, der von Beruf Unternehmensberater ist, bei Entscheidungen nicht mitentscheiden darf, wenn ein von ihm beratendes Unternehmen involviert ist? Oder ein Verein, in dem er Mitglied ist? Geht gar nicht. Die vorhandenen Regeln sind ausreichend. Jede weitere Einschränkung würde uns als Ratsmitglieder in unseren Rechten beschneiden. Also Compliance sehen wir auch nicht gegeben. In dieser Angelegenheit verspielt niemand Vertrauen, sondern hier wird bewusst durch unklare Beschuldigungen Misstrauen gesät.

Frau Weilert-Penk: Ja, Gerald.

Herr Hinz: Ja, ich bin. Nur dieser eine Satz. Dieses Misstrauen wird noch dadurch genährt, dass die CDU und Herr Fleischmann ohne Prüfung der tatsächlichen Sachlage auf die Verwaltung, Matthias Paul einprägelt. Wir als Freizeitpolitiker müssen damit rechnen. Das aber Mitarbeiter der Verwaltung - sie haben es ja glücklicherweise zurück genommen - mit vollem Namen genannt werden, das ist unverantwortlich, eine Entschuldigung wäre angemessen. Danke.

Herr Pollehn: Den letzten Satz hätten Sie sich aber sparen können.

Herr Hinz: Nein. Gerade so.

Herr Pollehn: Das sehen Sie mal, wie Sie arbeiten und das sieht man jetzt. Auch das das mal deutlich wird unseren Bürger.

Frau Weilert-Penk: Ich bitte doch mal darum, sich kurz zu fassen. Ok.

Herr Dreeskornfeld: Sehr geehrte Vorsitzende, jetzt bin ich dran.

Herr Pollehn: Ja.

Herr Dreeskornfeld: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der FDP haben diese Angelegenheit um den Neubau der Kita in den letzten Wochen aus zweierlei Blickwinkeln beobachtet. Das eine ist der juristische Blickwinkel, der sicher auch sehr eng mit der Sorgfaltspflicht der Verwaltung zu tun hat. Und der andere Blickwinkel ist tatsächlich das Thema Compliance. Herr Hinz sprach ja das Stichwort schon an und da auch das Thema Transparenz und Fingerspitzengefühl. Wir sind beides keine Juristen, ohne Frage, insoweit obliegt die Beurteilung z.B. der Kommunalaufsicht, die wir heute hier ausführlich gehört haben. Herr Bürgermeister hat es ja fast fehlerfrei vorgelesen. Also insoweit akzeptieren wir diese juristische Beurteilung und zweifeln die auch nicht an. Zumal in der letzten

Ausschusssitzung im Finanzausschuss Herr Fischer sehr akribisch und chronologisch sauber die ganze Situation noch mal geschildert und wir können zumindest das Verhalten der Verwaltung was das Thema Effizienz und Sorgfaltspflicht betrifft, auch das Thema Wirtschaftlichkeit betrifft akzeptieren. Das zweite, das zweite Thema ist das Thema Fingerspitzengefühl und Compliance und Transparenz. Und da baut sich tatsächlich unsere Kritik auf. Ich habe es ja im Speziellen sowohl in der VA-Sitzung als auch in der Finanzausschusssitzung schon angedeutet. Das ist mir ein bisschen zu kurz gekommen die Transparenz, sag ich ganz ehrlich. Klar Herr Hinz kann man sich die ganzen Informationen aus zahlreichen Quellen zusammenbasteln.

Herr Hinz: Eine.

Herr Dreeskornfeld: Aber Sie sprachen es auch an. Wir sind Freizeitpolitiker, ehrenamtliche Politiker, insoweit muss ich ganz ehrlich sagen, erwarte ich mehr Informationen, die etwas komprimiert an uns, ähh, gebracht werden. Die VA-Sitzung im Januar, die 16 Tagesordnungspunkte beinhaltete, dauerte glaube ich 37 Minuten. Und einer dieser Punkte war tatsächlich die Abstimmung und diese wurde tatsächlich sehr zügig - die in den VA-Sitzungen wissen, wie das so ein bisschen funktioniert - durchgepaukt, im Sinne wir brauchen ein neues Architektenbüro, der Alte hat nicht geliefert. Wer ist dafür, wer dagegen? Es gab eine Abstimmung, und Sie wissen ja alle, wie die Abstimmung ausgegangen ist. Da wünsche ich mir einfach schon ein wenig mehr Informationen genauso wie es z.B. Herr Fischer hervorragend zusammengefasst hat. Das Thema Compliance - da bin ich etwas anderer Meinung als Sie Herr Hinz - wird ja, meines Erachtens nicht ausreichend gelebt. Da fehlt einiges und da kann ich nur sagen, da komme ich zum Abschluss, da kann ich nur empfehlen, weil wir können ja keine Anträge stellen, da kann ich nur empfehlen, dass wir tatsächlich wie andere Städte auch eine Compliance-Richtlinie erarbeiten. Das ist nen Angebot. Eventuell auch, wie es andere Städte machen, einen Ombudsmann dementsprechend benennen, der einfach uns schützt. Denn eins ist ja und da sind wir uns einig, eins ist, hat ja besonders gelitten, der Ruf der Verwaltung, genauso wie der Ruf der Politiker und auch da müssen wir uns gegen wehren, empfehle ich gerne oder stehe ich gerne zur Verfügung diese Empfehlung dann auch mit auszuarbeiten.

Herr Morich: Oh, unter 5 Minuten.

Frau Weilert-Penk: Herr Philipps wird gleich was dazu sagen. Ich möchte Ihnen jetzt bitte mitteilen. Wir haben noch mehrere Redner auf der Liste. Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, wie die Zeitvorgabe ist. Also auf der Liste als nächster wäre, wir haben Herrn Schulz, wir haben Herrn Fleischmann, wir haben Herrn Nijenhof, wir haben Herrn Zschoch und auch Herrn Paul.

Frau Vierke: Herr Schrader meldet sich auch.

Frau Weilert-Penk: Ja, dann ist es tatsächlich so, dass alle etwas kürzer reden. Nicht maximal fünf Minuten, sondern wenn jeder drei Minuten redet, dann ist jeder auch dran.

Herr Philipps: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ganz kurz. Ich will die Sache auch nicht unbedingt verlängern, aber Herr Dreeskornfeld, Sie haben ja aus der Finanzausschusssitzung berichtet und zur Abrundung des Bildes, der Diskussion, die da gelaufen ist, da wollte ich nur mal sagen, da ging es um die Frage der Information: Ist sie zu viel oder zu wenig, da ging es um den Finanzbericht, wo sie auch Nachfragen hatten. Und der war Ihnen wiederum zu umfänglich. Also es ist immer die Frage, was denn erwartet wird. Die Informationen, die wir geben, mal sind sie zu viel, mal sind sie zu wenig. Und die Informationen sind in der Tat keine Holschuld, aber es ist ja auch durchaus angemessen, wenn man sagt, die Informationen, die vermittelt werden, die reichen mir nicht aus, um eine Entscheidung zu treffen. Das war ja auch Gegenstand der Entscheidung über die Auftragsvergabe. Da, denke ich ging es um die Frage: Muss ich es anfordern, muss ich es holen. Aber wenn mir die Informationen nicht ausreichend erscheint, kann ich durchaus mal und ich denke, dass ist nicht zu viel verlangt, sagen, da fehlt mir noch einiges an der Stelle. Und beim Finanzbericht war es ja in der Tat so, dass Sie meinten er sei zu umfänglich und müsse dann noch mal ne Essenz bringen.

Frau Weilert-Penk: Herr Dreeskornfeld, tut mir leid, dass ist jetzt ne berechtigte Erwiderung. Das müssen Sie vielleicht später noch mal berichten. Jetzt im Rahmen der aktuellen Stunde ist das nicht möglich. Jetzt bitte Herr Schulz.

Herr Schulz: Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, gemäß Antrag der CDU-FDP geht es um Berichte der HAZ. Das ist auch wirklich der Hauptgrund, weswegen wir diese Aussprache brauchen. Pressefreiheit ist ein hohes Gut. Pressefreiheit ist kein Luxus. Sie hat einen Nutzen für den einzelnen und sie hat einen sozialen Nutzen, um Probleme zu erkennen und zu verarbeiten.

Herr Morich: Schöner Satz.

Herr Schulz: Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe Öffentlichkeit herzustellen. Also möglichst viele richtige und wichtige Informationen an möglichst viele Menschen zu vermitteln. Ich brauch nicht zu wissen, wer in Burgdorf mit wem verheiratet ist. Spielt ja überhaupt keine Rolle. Also richtig übermittelt und auch vollständig und in sich verständlich. Wir haben gute Journalisten bei der HAZ in Burgdorf. Ich nenne beispielhaft Frau Antje Bismark, Frau Anette Wulf-Dettmer, Frau Köhler, Joachim Schiller. Und ganz besonders eine junge aufstrebende Journalistin beim Marktspiegel in Burgdorf, die in Bezug auf das Familienzentrum sachlich, vollständig, objektiv und mit

umfassenden Recherchen berichtet hat. Das zeigt mir, wie gute Berichterstattung aussehen kann. Und ich bedanke mich bei Franka Haak dafür. Zusammenarbeit, jetzt zitiere ich aus dem Marktspiegel. Zusammenarbeit mit dem Träger lobt der Architekt hingegen, die Vertreter von Kirchenkreis und von der St. Paulus Gemeinde haben sich sehr zurückgenommen. Sie haben mir zügig zugearbeitet und waren meist auch mit bescheideneren Lösungen einverstanden, schilderte er seinen Eindruck. Sie seien weder für den Zeitverzug, noch für die Kostensteigerung verantwortlich. Und bereits im September 2017 hat der Architekt aus Kehl am Rhein, also weit weg von Burgdorf, die Einbeziehung der Architekten Höhlich und Schmotz für die Leistungszahlen 6-9 vorgeschlagen. Aus meiner Sicht gibt es keine begründeten Vorwürfe gegen Herrn Paul an der beratenden Planungsmithilfe. Punkt zwei, nach der Pressefreiheit als hohes Gut, Kostensteigerung um 900.000 Euro - und das ist schon gerade gesagt worden - bereits bei der Haushaltseinbringung im Oktober 2018 waren unter dem Punkt, Tageseinrichtung freier Träger, im Investitionsprogramm die 4,3 Millionen Euro ausgewiesen. Ebenso wie 732.000 Euro an Zuschüssen vom Land und Region und äh damit hätte sich jedes Ratsmitglied beschäftigen können und es ist nicht die Bringschuld der Verwaltung zu erraten, welches Ratsmitglied irgendwo nicht ganz mitgekommen ist. Man kann sich auch notfalls aus dem Internet die entsprechenden Seiten entsprechend, entsprechend herauskopieren. Kita-Affäre, Kita-Affäre, man liest es ständig. Es gab mal einen Skandal in Burgdorf. Das war die Mieslinger-Affäre, Bikini-Atoll, jetzt haben wir die Kita-Affäre. Also ich sage, eine Kita-Affäre gibt es nicht. Aus meiner Sicht eine geplante, sich steigernde, unvollständige, luschige Berichterstattung.

Frau Gersemann: Ja.

Herr Schulz: Franka Haak hat im direkten Vergleich gezeigt, wie engagierte und informative, recherchierte Berichterstattung aussehen muss. Danke nochmals dafür. Compliance: In der Betriebswirtschaftslehre versteht man unter Compliance Regeltreue von Unternehmen. Also die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und freiwilligen Kodizes. In der Medizin ist Compliance ein Oberbegriff für das kooperative Verhalten von Patienten im Rahmen einer Therapie. Therapien sind gut und wichtig. In der öffentlichen Verwaltung ist der Begriff noch nicht wirklich angekommen und Compliance-Beauftragte oder Compliance-Abteilungen sucht man in behördlichen Organigrammen vergeblich. Halte ich mittelfristig auch nicht für nötig. Das häufig genannte Argument, die Verwaltung sei quasi per Verfassung ohnehin an Recht und Gesetz gebunden, kann ich nachvollziehen, Artikel 20, Absatz 2 Grundgesetz. Und in Niedersachsen wird es ergänzt um die Kommunalverfassung und auch im weiteren Sinne um die zehn Gebote. Zur Erinnerung: Das 8. Gebot lautet: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Auch ohne Compliance-Management, wenn es geht, ist die Verwaltung auf

diesem Auge nicht blind. Auch, wenn dieser Begriff nicht auftaucht. Entsprechende Elementen befinden sich in den Bereichen Anti-Korruption -und Risikomanagement, Wirtschaftlichkeitsanalyse oder interne Revision. Es geht nicht darum, dass wir für die Verwaltung reden.

Frau Weilert-Penk: Herr Schulz, darf ich Sie bitten zum Ende zu kommen.

Herr Schulz: Nee fünf Minuten.

Frau Weilert-Penk: Ja die sind, Sie haben noch 10 Sekunden.

Herr Schulz: Wenn einzelne Fraktionen entsprechende Wünsche nach Compliance äußern, dann sollen diese auch den Ratsmitgliedern untereinander gelten. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und werde künftig schneller reden.

Frau Weilert-Penk: Ich bitte nochmal drum, dass alle darauf achten, dass sie weniger als fünf Minuten, bitte sprechen. Herr Fleischmann.

Herr Fleischmann: Sehr geehrte Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich möchte auf einen Punkt eingehen, zu dem die Kommunalaufsicht nichts gesagt hat und der für mich bisher hier im Rathaus nach wie vor nicht befriedigend gelöst ist. Vorweg allerdings ein Punkt, der mir auch Sorgen macht bei der ganzen Geschichte, die da jetzt mit der Kita, dem Familienzentrum, das da bald stehen soll, äh passiert. Fakt ist, wir haben eine Baukostensteigerung und da treibt es mich natürlich schon um, wenn bei diesem kleinen Projekt deutlich mehr Geld erforderlich ist. Wie soll das dann erst bei dem Megabau IGS-Neubau werden. Da muss ich sagen, da mache ich mir tatsächlich Gedanken, dass da möglicherweise was bei rauskommt, denn das Wirkungen, die die Stadt tilgen muss. Aber jetzt zu dem entscheidenden Punkt, zu dem der Prüfungsbericht der Kommunalaufsicht nichts gesagt hat, meine Damen und Herren, war ja genaugenommen auch nicht Gegenstand der Prüfung der rechtlichen Fragen. Neben der rechtlichen Frage gibt es aber auch eine Frage der Bürgerinnennähe, und da muss ich sagen, bin ich sehr enttäuscht von der Verwaltungsspitze, auch von Ihnen, Herr Fischer, muss ich ehrlich sagen. Eine Angelegenheit, die im hohen öffentlichen Interesse ist und die Kita -und Krippenplätze, die dort entstehen, in Sorgensen an den Hecken, sind ausgesprochen wichtig. Hier gibt es einen sehr hohen Bedarf. So etwas meine Damen und Herren, gehört zwingend, zwingend in die Öffentlichkeit. Die Beratung, die Beschlussfassung über die Auftragsvergabe, über, über die, über den Bau der Kita und so weiter und sofort und was dann nachher noch kam, hätte, hätte, beraten und beschlossen werden müssen in den öffentlichen Teilen der jeweiligen Fachausschüsse, aber Bitteschön nicht hinter verschlossenen Türen im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss, meine Damen und Herren.

Herr Hinz: Das darf nicht wahr sein. Der kanns nicht.

Herr Fleischmann: Wir sehen einfach deutlichen Verbesserungsbedarf in der Verwaltungsspitze. Ich finde, dass muss sich ändern.

Frau Weilert-Penk: So, wunderbar. Dankeschön Herr Fleischmann.

Herr Kugel: Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, zu der Frage der Öffentlichkeit oder Nicht-Öffentlichkeit haben wir die Kommunalaufsicht nicht befragt, weil ganz klar ist, dass Auftragsvergaben im Verwaltungsausschuss und der Verwaltungsausschuss tagt immer nichtöffentlich, dort dann auch nichtöffentlich zu treffen sind. Und wir haben das, was öffentlich zu machen ist, auch durchaus öffentlich gemacht.

Herr Baxmann: Also das war jetzt ne Aufforderung, Herr Fleischmann, zum Bruch der Kommunalverfassung, was Sie da gemacht haben.

Frau Weilert-Penk: Moment, Moment Herr Fleischmann, jetzt äh geht es weiter. Herr Nijenhof.

Herr Nijenhof: Ja, ich bin gerade noch etwas geschockt von dem, was ich gerade gehört habe. Ähm, wenn ich das richtig verstanden habe, hat Herr Fleischmann gerade gefordert, dass wir die Vergabe von Aufträgen auch höheren Maße, mit den Zahlen und den Daten und Daten und allem Drum und Dran in öffentlicher Sitzung machen sollen. Die Bauunternehmen will ich sehen, die das machen. Dann haben wir gar keine Angebote mehr. Also da bin ich... Aber wir lassen das mal. Ähm, eigentlich wollte ich nur zu der sogenannten Compliance reden und ähm bin unsicher, ob ich das wirklich tun sollte, weil vorhin nen Satz gefallen ist. Ein Satz, den ich einfach göttlich fand. Der Satz von Herrn Pollehn lautete: Wir machen doch hier keinen Wahlkampf. Ja, sorry, aber jetzt rege ich mich mal ernsthaft auf. Diese Stadt ist seit anderthalb Jahren in einem Dauerwahlkampf, in dem es nur darum geht, wer Bürgermeister wird. Seit anderthalb Jahren geht es nur darum: Wie kann ich dem anderen ans Bein pinkeln? Und niemand guckt darauf, wie wir diese Stadt wirklich voranbringen. Und mir geht das wirklich auf den Wecker. Und in dieser Geschichte, in dieser Geschichte, die jetzt passiert ist, da ärgert mich persönlich am aller meisten, dass wir schon wieder eine Zeitverzögerung haben. Als ob wir im letzten Jahr schon nicht genug Kindergartenplätze nicht gehabt hätten. Und jetzt kriegen wir se dieses Jahr wieder nicht. Und jedes Jahr werden wir darauf vertröstet, dass sie demnächst kommen. Das ärgert mich wirklich. Meine Fraktion habe ich vorher vorgewarnt, wenn ich darüber rede, kommt Furor. Ja, weil ich mich wirklich ärgere. Das ist ne Geschichte, da arrrg, wirklich. Komm nein, ne wirklich. Kurz zu Compliance. Ich habe etwas Schönes gefunden. Ähm, das geht um Korruptionsbekämpfung, kommt von

Transparency International. Finde ich gut. Und äh, bin mir unsicher, äh, ob das genehmigt werden könnte, aber wenn, dann das. Weil das ist eine freiwillige Gesetzverpflichtung. Unsere gesetzliche Grundlage ist eindeutig. Wir als Rat können beschließen lassen, was wir wollen. Wenn nachher ein Ratsmitglied von uns dagegen verstößt, hat das welche Auswirkungen?! Keine. Weil nämlich wir unsere Rechte und Pflichten - der Bürgermeister hat es gesagt, nur das mit der Bibel, hätte ich nicht gesagt - aber es steht im Kommunalverfassungsgesetz, [...]

Herr Baxmann: Ist nicht so verdächtig.

Herr Nijenhof: [...] egal so und äh, es ist eindeutig. Wir kommen da nicht ran, und wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie im Innenministerium nach. Die haben das 2009 der Stadt Uelzen mitgeteilt, die große Probleme damit hatte. Die hatten tatsächlich Korruptionsfälle und wollten Compliance, die wollten eine Ehrenordnung erlassen. Und da hat das Innenministerium gesagt, is nicht. Ihr greift in die Rechte der Ratsmitglieder ein, das funktioniert nicht. Dann hat 2016 die Stadt Delmenhorst versucht eine Ehrenordnung zu erlassen. Die hatten auch wirklich Gründe dafür. Ich behaupte, das was hier passiert, sind keine wirklichen Gründe für eine Ehrenordnung. Die hatten wirkliche Gründe dafür. Da waren nämlich zwei Ratsmitglieder unter der ähmm, staatsanwaltlichen Anklage, dass sie gegen erhebliche strafrechtliche Bestimmungen verstoßen hatten. Und da hätte der Rat gerne gehabt, dass diese Ratsmitglieder ein bisschen pausieren. Da haben die gesagt, machen wir nicht. Und dann hat der Rat versucht eine Ehrenordnung zu erlassen, die dann die Ratsmitglieder dazu gezwungen hätte zu pausieren. Da sagt das Innenministerium, is nicht. So und äh da geht es wirklich um etwas Prägnantes, etwas wirklich Wichtiges. Und hier in diesem Fall, ich bin, ich möchte gerne diese Compliance-Regelung, die Sie erlassen möchten einmal sehen, weil da müsste ja drinstehen: Ein Ratsmitglied darf nicht mehr mit der Verwaltung reden. Ja, da müsste drinstehen bei der Ausführung von einem Ratsbeschluss darf ein Ratsmitglied nicht mehr beteiligt werden. Was ist das für ein Blödsinn. Sie haben doch selbst gesagt, wir haben die Aufgabe der Aufsicht. Wie soll ich denn bitte meine Aufsicht wahrnehmen, wenn ich mit der Verwaltung nicht mehr reden darf?! Und was Anderes hat Herr Paul - ich habe keinen Grund ihn zu verteidigen, bei Gott nicht - aber was Anderes hat Herr Paul letztendlich nicht getan. Die Entscheidungen, die da getroffen worden, die hat der Bürgermeister getroffen. Wenn also irgendwer den Kopf hinhalten muss, dann ist es der Bürgermeister, weil die Mitarbeiter im Haus sind die ausführenden Kräfte des Bürgermeisters. Und ich bin nach dem Ganzen, was Sie so erzählen und sagen über diese Stadtverwaltung. Ich bin mir unsicher, ob sie vorhaben so zwei Wochen vor der Wahl mitzuteilen, Ätschmann-Bätschmann, ich kandidiere doch nicht. Weil ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie diese Verwaltung führen wollen. Und jetzt noch ein abschließender Satz. Ich bin davon fest

überzeugt, dass die Menschen uns nicht gewählt haben, damit Sie hier eine ordentliche Show einlegen. Ich bin davon festüberzeugt, dass die Menschen uns gewählt haben, damit wir ihr Leben besser machen. Damit wir diese Stadt voranbringen und dazu fordere ich Sie wirklich, wirklich auf. Hören Sie auf diese Shows abzuliefern und fangen Sie endlich an Politik zu machen.

Frau Weilert-Penk: Herr Zschoch.

Herr Zschoch: Schön, dass wir den schönsten Showmaster gerade gehört haben. Frau Vorsitzende, sehr geehrter Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, ähm erlauben Sie mir vier kurze Bemerkungen. Zum einen habe ich nen Störgefühl damit, wenn wir als Ratspolitiker Noten an Journalisten vergeben. Ja, man kann sich ärgern über Presseberichterstattung, und das haben wir ja auch in den vergangenen Jahren des Öfteren hinnehmen müssen. Aber ich glaube es ist nicht unsere Rolle, die Berichterstattung der Medien zu benoten und hier einzelne hervorzuheben oder abzuwerten. Das Zweite: Wir haben heute einen umfangreichen Bericht der Kommunalaufsicht bekommen. Das ist gut, weil wir hier eine fundierte rechtliche Ausarbeitung haben, die auch noch mal dafür sorgt, dass der Sachverhalt für alle Beteiligten deutlich ist. Und ich denke, äh, wenn man diesen Bericht auch mit Respekt zur Kenntnis nehmen will, gehört es auch dazu, dass man diesen Bericht sorgsam liest. Äh, ich habe diesen Bericht heute Nachmittag zum ersten Mal hier auf den Tisch bekommen. Deshalb möchte ich auch inhaltlich dazu gar nicht großartig Stellung beziehen, sondern das muss natürlich einer vertieften Prüfung auch unterzogen werden. Eine Bemerkung hinsichtlich Kommunalaufsicht: Sie wissen natürlich auch, wie, äh, lax die Kommunalaufsicht die Gesetze bei der Genehmigung des Haushalts auslegt, und da muss man das auch mal gründlich mit Skepsis mit ins Kalkül miteinbeziehen. Dritte Bemerkung.

Herr Hinz: Das muss mit ins Protokoll.

Herr Zschoch: Die Diskussion, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, ist ja keine Diskussion, die seitens der CDU- und FDP-Gruppe in Gang gekommen ist, sondern die aufgrund der Medienberichterstattung in Gang gekommen ist. Von daher hier jetzt Herr Pollehn den Vorwurf zu machen, das ist ne wahlkampfgetriebene Diskussion, halte ich für unredlich. Wir haben dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, weil es Gegenstand der Diskussion in unserer Bürgergesellschaft ist, weil ´s bei vielen Menschen halt auch zu Fragen geführt hat. und deswegen ist der Rat der richtige Ort, wo diese Fragen auch diskutiert werden.

Herr Hinz: Ist in Ordnung.

Herr Zschoch: Und diese Diskussion zeigt ja auch, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ja tatsächlich ein Unwohlgefühl besteht, wenn man sieht welche Verflechtungen, zwischen SPD, Kirche und Verwaltung zum Teil bestehen. Ob das jetzt rechtlich bedenklich ist oder nicht. Dieses Störgefühl besteht. Das können Sie nicht in Abrede stellen. Das wird von Bürgerinnen und Bürgern geäußert.

Herr Hinz: Das wird erzeugt.

Herr Zschoch: Ich will das gar nicht werten. Es ist aber so. Abschließend: Viele Vorredner haben ja etwas zum Thema Compliance gesagt. Klar, Compliance heißt in erster Linie, Regeln, äh, Handeln, im Einklang mit dem Gesetz. Aber ich bin selber viele Jahre Compliance-Beauftragter von Unternehmen im Finanz- und Dienstleistungsbereich tätig. Compliance heißt auch, dass ich meine Mitarbeiter schütze. Dass ich Regeln entwerfe. Dass ich nach ethischen Grundsätzen handle. Wo ich meine eigene Organisation, mein Unternehmen vor einer Rufschädigung schütze. Wo ich Mitarbeiter schütze, damit sie nicht in öffentliche Diskussionen gelangen, damit sie nicht in Misskredit gelangen. Ja, das hat nichts damit zu tun, dass man einzelnen äh, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern rechtliche Fehlverhalten vorwirft. Die Schwelle ist höher anzusetzen. Es geht darum, schon ein Anschein eines Interessenkonfliktes zu vermeiden. Das ist die Idee moderner Compliance. Und das hier die Sensibilität der Öffentlichkeit, der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren größer geworden ist, zeigt doch diese Diskussion, und deswegen tun wir ein gutes daran, wenn wir über das Maß, was die kommunalgesetzlichen Vorgaben uns auferlegen, uns Gedanken machen, wie wir in Zukunft auch diesen Maßstäben gerecht werden können. Vielen Dank.

Frau Weilert-Penk: Herr Baxmann.

Herr Baxmann: Ich tue es ungern. Aber sehen Sie, das kann ich nicht im Raum stehen lassen. Äh, wenn Sie sagen, man müsse Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen davor schützen, dass sie sozusagen in solche Konfliktsituationen kommen. Dann müsste man erst einmal davon ausgehen, dass es eine solche Konfliktsituation gegeben hat. Das hat nun gerade die Kommunalaufsicht deutlich gemacht: Es hat überhaupt gar keine Konfliktsituation gegeben – weder bezogen auf die Bestellung des Rechtsanwaltes, was unterstellt wurde, noch bezogen auf die Tatsache, dass eine Mitarbeiterin an diesem Projekt gearbeitet hat, die selbst überhaupt gar keine Prokura hatte in irgendeiner Weise. Wie soll ich denn sozusagen mich wehren gegen die Aussage, hier bestünde ein Konflikt, wenn es den gar nicht gibt. Ja, und das bitte ich mal auch für Sie noch mal zu reflektieren. Und was die Frage der Erregungskurven betrifft, mein lieber Herr Zschoch, es ist völlig richtig, die Kollegen, die sich dazu geäußert haben, ich will die Namen nicht nennen, aus Ihrer Reihe, die haben sich, die haben sozusagen gesurft auf einer

Erregungswelle, die nicht von Ihnen erzeugt worden ist. Das gebe ich gerne zu. Aber man muss auch da aufpassen, dass man nicht im Verlaufe des Surfens sein Surfbrett verliert.

Frau Weilert-Penk: Auf meiner Rednerliste stehen jetzt drei Personen und zwar und damit ist dann Schluss, und zwar Herr Schrader, Herr H. Braun und zum Schluss Herr Paul. Herr Schrader bitte.

Herr Schrader: Ja, meine Damen und Herren, liebe Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen, meine Herren, ähm, ich möchte mal ein bisschen Wind aus der Sache nehmen. Und es ist ja auch so, dass wir natürlich in den letzten Tagen, äh, eine Riesendiskussion hatten, äh, aber, äh, ich möchte es auch mal ein bisschen versachlichen. Unsere Bürger haben einen Anspruch auf Kindergartenplätze, äh, und wenn ich mitkriege, dass wir seit 2014, äh, mit dem Beginn des Architektenwettbewerbs und, und, und, äh, ähm, dran sind, einen Kindergarten mit Familienzentrum zu bauen, scheint mir das fünf Jahre lang oder mindestens vier ganze Jahre lang relativ kurz gekommen zu sein, dass wir zum Ergebnis kommen. Äh, in dem altbekannten Spruch, äh, wir können Meister. Würde ich mal sagen wir Burgdorfer können Architektenwettbewerbe nicht in Projekte umsetzen. Das habe ich für mich so herausgelesen aus diesen ganzen Diskussionen oder Verunsicherungen und diesen ich sag mal langen Zeiträumen, die hier, äh, gelaufen sind bislang. Wir können auch nicht rechtsichere Verträge. Diese komplexe Art, Architektenbüroübergänge und Terminpläne einhalten und Zeitpläne einhalten, das scheint uns auch so ein bisschen, äh, aus den Händen geglitten zu sein, denn sonst hätten wir diese Kindertagestätte schon längst dort gehabt. Die Kostenkontrolle und die Einhaltung der bis, der vorgegebenen Budgets ist natürlich auch ein wichtiges Stichwort und äh, da bitte ich auch, dass wir uns da mal dran orientieren. Wir können doch nicht einfach mal in ein paar Jahren 900.000 Euro oben drauf tun, äh, so viel Geld haben wir auch nicht in der Ecke rumliegen. Also mein persönliches Gesamtfazit lautet: zukünftig möglichst Architektenwettbewerbe vermeiden. Danke.

Frau Weilert-Penk: Jetzt kommt Herr H. Braun.

Herr H. Braun: Ja, spät, aber doch noch. Äh, ich habe in meinen letzten 26 Jahren, die ich nun hier schon verweile, keine guten Erfahrungen gemacht mit den sogenannten amtlichen Aussprachen. Der heutige Tag zeigt es wieder. Man diskutiert alles und alles Mögliche und dann kommen wir gleich zu den Erregungswellen, die der Bürgermeister schon angezeigt hat, die eigentlich nichts bringen. Die ganzen Themen, die hier denn so aufgeploppt sind, die hätte man sachlich besser bei entsprechenden Tagesordnungspunkten in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren können und

allein, wenn man schon mal den Titel dieser Aussprache nimmt: HAZ-Berichterstattung. Seit wann muss der Rat darüber beurteilen, wie eine Berichterstattung ist, oder was sich dahinter verbirgt?! Also, das finde ich schon etwas abwegig. Und wenn man jetzt mal alles runterbricht, was tatsächlich war. Es war eigentlich gar nichts. Wir hatten keine Kita-Affäre. Die ganzen Verflechtungen sind unproblematisch. Es hat sich eigentlich sozusagen eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, die wurde immer größer, aufgeblasen. Und es gab eben Leute, die mitgemacht haben. Und denke das ist, wenn wir jetzt schon bei der Presse bleiben, dass ist eigentlich nicht Sinn der Printpresse. Das können die sozialen Medien besser. Da kann man sich noch mehr erregen. Da kann man sich noch kürzer fassen. Das sollten wir hier nicht weitermachen. Und, wenn ich das alles mal zusammenfasse, da kann man auch sagen: Wir haben, wir wollen uns ja kurzhalten, da kann man das Ganze mit Shakespeare nehmen: Viel Lärm um nichts.

Frau Weilert-Penk: Bitte Herr Paul bitte, der kommt als letztes.

Herr Paul: Sehr verehrte Frau Ratsvorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren, es gibt keine Kita-Affäre, die Vorwürfe sind widerlegt, insbesondere die Vorwürfe gegen meine Person. Die Kommunalaufsicht hat am Ende ihres Schreibens deutlich geschrieben: Es gibt gar keine Compliance-Regeln, die mir das verbieten können, was ich gemacht habe. Ich darf in meinem freien Mandat nicht beschränkt werden. Ich würde sagen, wer, oder ich möchte sagen, wer die Vorwürfe gegen mich nach Lektüre dieser neun Seiten der Kommunalaufsicht, und sei sie auch nur cursorisch, oder sei sie auch nur summarisch heute hier wiederholt, beteiligt sich an dem Versuch einer Rufmordkampagne, um meine Person zu diskreditieren. Insbesondere spreche ich Sie an, Herr Pollehn, weil Sie in infamer Weise versucht haben, die Wahrheit zu verdrehen und mich in ein schlechtes Licht zu setzen. Auch heute Abend haben Sie eine Legende weitergestrickt, mit der Sie begonnen haben in der CDU-Pressemitteilung vom 13. Februar. Ein massiver Interessekonflikt wird in meiner Person phantasiert. Juristisch völlig unhaltbar. Dennoch wird weiter mit der Methode hier gegen mich vorgegangen: Wir schmeißen mit Dreck und irgendwas wird schon hängen bleiben. Es wird nun geraunt Zitat aus dieser Pressemitteilung: Der Anschein eines Anfangsverdachts einer fragwürdigen Verflechtung, um den würde es angeblich gehen. Die berühmten Compliance-Regeln, die Ethikregeln, die angeblich und eigentlich irgendwie gegen mich sprächen und dann auch gleich gegen die Kirche. Das ist eigentlich das Spezialgebiet von Herrn Fleischmann, der in meiner Person die Trennung von Kirche und Staat gefährdet sieht. Das ist natürlich Quatsch, weil ich erstens nicht die Kirche bin und zweitens der Bürgermeister nicht der Staat. Natürlich werde ich, wenn ich Bürgermeister bin, nicht mehr Pastor sein. Das ist doch logisch. Sondern, das hat nichts damit zu tun mit der Aufgabe eines Bürgermeisters. Allerdings kann ich Ihnen jetzt schon zusichern, Herr

Fleischmann, dass ich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister niemals dem Rat der Stadt Burgdorf vorschlagen werde, die Inquisition wiedereinzuführen. Auch nicht gegen linke Ratsherren. Aber zurück zum Thema Kirche und Herrn Pollehn. Ich weiß nicht, ob Sie da noch eine alte Rechnung offen haben. Wir beide waren ja mal Kollegen in der Landeskirche. Sie waren Mitarbeiter in der Presseabteilung der Ev. Landeskirche und ich war junger Pastor. Wir sind uns in der Zeit begegnet. Sie sind dann aus dem Kirchendienst recht bald ausgeschieden. Ich kann nur sagen: Auch mit dieser alten Geschichte habe ich mit meiner Person rein gar nichts zu tun.

Herr Pollehn: Völlig hergeholt.

Herr Paul: Also Ethikregeln und dergleichen: [...]

Herr Pollehn: Das ist nun völlig hergeholt.

Herr Paul: [...] Es ist völlig richtig, dass es Ethikregeln geben muss und sie gibt es mit dem NKomVG. Dennoch raunen Sie weiter. Und für mich das Unglaubliche, Sie phantasieren sich hier Ethikregeln zu meiner Person zusammen, gegen die ich angeblich verstoßen könnte, vergessen aber zugleich solche auch für sich selbst gelten zu lassen. Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich. Alle wissen: Herr Pollehn ist Mitglied im erweiterten Vorstand des VVV. Dennoch hat er mitgestimmt im Rat, als es um den Zuschuss für den VVV zur Frage der Nachfolge zur Geschäftsführung ging. Juristisch war dieses Verhalten völlig einwandfrei. Ich habe auch dafür gestimmt, obwohl ich Mitglied im VVV bin. Aber müsste der Pollehn von heute dem Pollehn von damals nicht einen massiven Interessenkonflikt vorwerfen? Zumal der VVV sogar im Gegensatz zu den Spekulationen zu meiner Person den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen von insgesamt 150.000 Euro hat. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie mit zweierlei Maß messen und vor nichts zurückschrecken, was Ihnen vermeintlich im Wahlkampf nützt. Und was noch schlimmer ist: Es geht ja nicht nur um mich. Es geht in der Zukunft um die Frage, ob Ehrenmänner und Ehrenfrauen dieser Stadt noch bereit sein werden, ihr Wissen und Können in den Dienst der Stadt zu stellen, weil sie kein Vertrauen mehr daran haben können, dass nicht irgendein Interessenkonflikt bei passender und unpassender Gelegenheit konstruiert und gegen sie verwendet wird. Sie untergraben das Wichtigste, was eine Stadt zusammenhält, nämlich das Vertrauen. Und Sie beteiligen sich an der Zerstörung der Grundlagen unserer Stadtgesellschaft. Und das finde ich schlicht verantwortungslos. Besten Dank.

Frau Weilert-Penk: Dankeschön Herr Paul. Der Tagesordnungspunkt vier, die aktuelle Stunde ist nun mehr beendet. Ich bitte darum und ich würde eine Pause von zwei Minuten stattgeben und ich würde darum bitten, dass Sie die Fenster aufmachen, damit ein bisschen frische Luft hier reinkommt. In zwei Minuten geht's weiter. Danke.

